

Keine dauerhafte Lösung

Michel Wurth kritisiert die Regierungsbeschlüsse als nicht ausreichend

VON DANI SCHUMACHER

Die Krise hat die ganze Welt, vor allem aber Europa fest im Griff. Auch Luxemburg bleibt nicht verschont. Zwar war das Land bislang gegen solche Unbilden gut gerüstet, doch angesichts der Gravität der Krise könnte das luxemburgische Wirtschafts- und Sozialmodell nun doch Schrammen abbekommen. In seinen Ausführungen bei der traditionellen Konferenz zum Jahresanfang zeigte UEL-Präsident Michel Wurth gestern Wege auf, wie man Kollateralschäden verhindern könnte.

„Die Ausgangsposition war gut“, so der Vorsitzende, Michel Wurth, vor den Wirtschaftsvertretern bei der UEL-Konferenz. Nirgendwo in Europa ist das Prokopfeinkommen so hoch wie in Luxemburg, die öffentlichen Schulden sind niedrig, die Sozialleistungen vorbildlich und die aktive Bevölkerung wächst weiter. Doch all dies könnte in Gefahr geraten, wenn nicht gegengesteuert wird. Denn die dunklen Wolken zeichnen sich längst am Horizont ab. Zwischen 2008 und 2013 lag das Wachstum im Durchschnitt nur noch bei 0,3 Prozent, der Haushalt des Zentralstaats weist zum neunten Mal in zehn Jahren ein kräftiges Minus auf, die Arbeitslosigkeit ist innerhalb von 15 Jahren um 200 Prozent gestiegen und die durch das großzügige Sozialsystem bedingten impliziten Schulden wachsen uns über den Kopf“, so Wurth.

„Ein nachhaltiges Sozialsystem setzt eine leistungsfähige Wirtschaft und wettbewerbsfähige Betriebe voraus“, so Michel Wurth weiter. Und genau die Wettbewerbsfähigkeit macht dem UEL-



Für UEL-Präsident Michel Wurth sind die Regierungsbeschlüsse nicht ausreichend, um das Sozialsystem dauerhaft abzusichern. (FOTO: ANOUK ANTONY)

Vorsitzenden Sorgen: Luxemburg verliert im Vergleich zu Europa, vor allem aber im Vergleich zu den Nachbarländern an Boden. „Die Regierung ist in der Pflicht“, so Wurth. Zwar ist die typisch luxemburgische Index-Regelung nicht wirklich nach dem Geschmack der UEL, doch auch die hohe Inflation treibt den Unternehmern die Sorgenfalten auf die Stirn. Die Regierung müsse vor allem die „prix administrés“ im Auge behalten und die Mindestlöhne an die Leistung der Geringverdiener koppeln. Sozialtransfers könnten die Einbußen auffangen, schlägt der UEL-Präsident vor. Hilfe verspricht sich Wurth auch von einem effizienten Bürokratieabbau. „Allerdings müssen auch

die Unternehmen mehr zur Wettbewerbsfähigkeit beitragen“, fordert Michel Wurth und rät zu einer besseren Weiterbildung und zu mehr Innovation. Beunruhigt zeigt sich der Unternehmerverband auch hinsichtlich des Arbeitsmarkts. Abhilfe könnte in den Augen der UEL u.a. eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten und mehr Spielraum bei den Arbeitsverträgen bringen.

Damit die Krise in Luxemburg keine dauerhaften Spuren hinterlässt, müssen auch die staatlichen Finanzen in Ordnung gebracht werden. Der UEL-Vorsitzende warnt in dem Zusammenhang insbesondere vor den versteckten Lasten durch das Rentensystem. Die von Minister Mars Di Bartolo-

meo vorgestellte Reform sei lediglich ein „Reförmchen“, das keine dauerhafte Entlastung bringe.

Wie erwartet ging Michel Wurth noch einmal auf die Regierungsbeschlüsse vom 16. Dezember ein. Was die Index-Modulation anbelangt, forderte er die Abgeordneten auf, dem Gesetzentwurf von Wirtschaftsminister Jeannot Krecké in der vorliegenden Form zuzustimmen. Zuletzt hatte es heftige Diskussionen darüber gegeben, ab wann der Index-Zähler wieder auf null gesetzt werden soll. Die Gewerkschaften kritisieren, dass dies – wie im Gesetzentwurf festgehalten – erst ab der Index-Tranche vom Oktober 2014 geschehen soll. Dies hätte Auswirkungen über 2014 hinaus, so die Befürchtung der Arbeitnehmervertretungen. Die UEL befürwortet hingegen diese Regelung.

Gleichwohl geht die im Dezember beschlossene Index-Modulation dem Unternehmerverband insgesamt nicht weit genug. Stattdessen fordert er eine „désindexation générale de l'économie“. Dass ihren Vorschlägen hinsichtlich einer größeren Flexibilisierung bei der Arbeitszeit und bei den Arbeitsverträgen kaum Rechnung getragen wurde, stößt bei der UEL ebenfalls auf Kritik. „Die von der Regierung getroffenen Entscheidung werden den enormen Herausforderungen nicht gerecht und sind nicht dazu angetan, das luxemburgische Sozialmodell dauerhaft abzusichern“, so Michel Wurth abschließend. Die UEL will denn auch die kommenden Monate dazu nutzen, um neue Initiativen auszuarbeiten und sie – wenn möglich – mit der Regierung und mit den Sozialpartnern diskutieren.